

Finanzierungslücken in Milliardenhöhe rufen nach PPP-Modellen

Die Finanzierungslücken in Milliardenhöhe beim Agglomerationsverkehr zwingen zum Einbezug auch von PPP-Modellen. Beim Bund könnte das Modell mithelfen, die Budgetvorgaben für die Sanierung der Bundeskasse einfacher zu erreichen. Der Verein PPP Schweiz erarbeitet deshalb derzeit Grundlagen, die eine Klärung der Anforderungen an die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten aus finanzieller Sicht und an die politischen Entscheidungsprozesse herbeiführen sollen.

Allein die Präsentation der Bedürfnisse des Agglomerationsverkehrs im Rahmen der PPP-Fachtagung 2008 zeigt nach Überzeugung des Vereins PPP Schweiz, dass Kantone und Gemeinde zur Finanzierung wünschenswerter Vorhaben auch das PPP-Modell einbeziehen müssen. Beim Bund könnte der vermehrte Einsatz von PPP-Modellen helfen, die Sparbemühungen umzusetzen und Budgetvorgaben für



die Sanierung der Bundeskasse einfacher zu erreichen. Die Schweiz darf sich aber auch nicht scheuen, von den Erfahrungen im Umgang mit PPP-Modellen im Ausland zu profitieren. Zu diesen Schlüssen kam Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz und vormaliger Ständerat, anlässlich einer Medienorientierung.

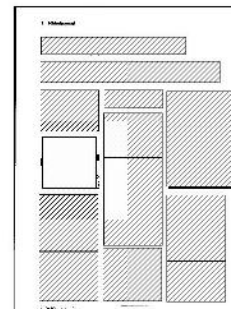
Das Interesse an Public-Private-Partnership-Modellen ist stark gestiegen, noch bescheiden sind dagegen die praktischen Erfahrungen im Umgang mit der neuen Alternative zur staat-

lichen Aufgabenerfüllung. Aus diesem Grund ist der Verein PPP Schweiz zurzeit daran, die Anforderungen an die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten aus finanzieller Sicht und an die politischen Entscheidungsprozesse in einem Positionspapier festzuhalten. Dieses Positionspapier dürfte im Herbst dieses Jahres vorliegen. Schon heute kann aber eine zentrale Folgerung daraus abgeleitet werden: Nur wenn es gelingt, die heute vielfach noch offenen finanziellen Fragen befriedigend zu lösen und die Prozessabläufe für PPP-Vorhaben für Regierung und Politik zu vereinfachen, kann mit einem breiten Erfolg des PPP-Modells in der Schweiz gerechnet werden.

Grosses PPP-Potenzial im VBS

Der Generalsekretär des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, Markus Seiler, sprach sich für weitere Kooperationen mit privaten Anbietern aus. Anders seien der Personalabbau und die finanziellen Restriktionen beim VBS nicht zu bewältigen.

In Kooperationen eingebracht werden nicht



militärisch relevante Aufgaben. Die finanzielle Gröszenordnung über alle Kooperationsfelder der Aufgabenbereiche hinweg liegt zwischen 1,4 bis 1,55 Mia. Franken der jährlichen Betriebskosten. Die grössten Anteile daran haben mit über 700 Mio. Franken der Aufgabenbereich Systeme und Material sowie mit über 500 Mio. Franken der Aufgabenbereich Immobilien.

Die Risiken und die Verantwortung werden künftig entsprechend den Einflussmöglichkeiten auf die Partner verteilt. Die Transparenz sei zu erhöhen und die verlangten Leistungen funktional zu umschreiben. Dem Lebenszyklus soll vermehrte Beachtung geschenkt und die Wirtschaftlichkeit neben der materiellen Sicherstellung der Armee mit Armeematerial und Immobilien sowie der Möglichkeit des Aufwuchses ins Zentrum gestellt werden.

Chancen für PPP im Agglomerationsverkehr

Pierre-Alain Rumley, Direktor des Bundesamtes für Raumplanung, erinnerte daran, dass das Parlament im Infrastrukturfonds Mittel für die Mitfinanzierung im Agglomerationsverkehr in der Höhe von 6 Milliarden Franken beschlossen hat. Bis Ende 2007 wurden 30 Agglomerationsprogramme mit einem Investitionsvolumen rund 17 Milliarden Franken zur Prüfung eingereicht. Der Bund unterstützt die Programme mit einem finanziellen Beitrag von 30 bis 50 Prozent. Da für dringliche Vorhaben bereits 2,5 Milliarden Franken freigegeben wurden, stehen für die Mitfinanzierung der weiteren Massnahmen noch maximal 3,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Die Investitionswünsche übersteigen somit die Mitfinanzierungsmöglichkeiten um mindestens das Doppelte. Dies zwingt den Bund zu einer rigorosen Priorisierung. Von den vom Bund unterstützten Vorhaben müssen die Agglomerationen 50 bis 70 Prozent der Kosten übernehmen.

Durch die neuen durch den Infrastrukturfonds



geschaffenen Voraussetzungen sieht eine Arbeitsgruppe des Bundes das grösste Potenzial für PPP-Projekte im Bereich der Finanzierung des Kantons- und Gemeindeanteils sowie von Rollmaterial, Betrieb und Unterhalt der neuen Infrastrukturen.

Anhand einer Praxisstudie wurden Projekte ermittelt, die sich grundsätzlich für eine PPP-Finanzierung eignen würden. Insbesondere interessant wären aufgrund der Projektart sowie des Projektstandes die Projekte «TransRUN» sowie die «Stadtbahn Limmattal». Der Bund steht denn auch PPP-Projekten grundsätzlich positiv gegenüber und ist bereit, sein fachliches Know-how zur Verfügung zu stellen. Die Initiative für die konkrete Bearbeitung solcher Projekte muss jedoch laut Rumley von den betroffenen Kantonen und Gemeinden ausgehen.

Finanzierung von PPP-Vorhaben vereinfachen

Peter Reimann, Finanzverwalter des Kantons Aargau und Leiter der Fachgruppe Finanzen des Vereins PPP Schweiz, präsentierte erste

Erkenntnisse eines Positionspapiers des Vereins, das die Anforderungen an die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten aus Finanzsicht und den politischen Prozess analysiert. Ausgehend von den Chancen und Gefahren von PPP-Projekten werden Alternativen zur Finanzierung von PPP-Projekten vorgeschlagen. Weist das Verhältnis von Zinskosten und Risikoallokation keine Vorteile für die öffentliche Hand auf, sind Modelle mit einer gemischten öffentlich-privaten oder nur öffentlichen Finanzierung zu prüfen.

Beim Wirtschaftlichkeitsvergleich und -nachweis gemäss klassischer PPP-Projektentwicklung wie auch beim Prozessablauf mit den Kreditbeschlüssen durch das Parlament werden Verfahren dargestellt, die für Regierung und Politik rasch und transparent durchgeführt werden können. Dabei soll beim Parlamentsentscheid die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe im Vordergrund stehen (was). Die Entscheide über die Realisierungsform sollen an Regierung und Verwaltung delegiert werden (wie). Damit wird das Parlament von operativen Umsetzungsfragen entlastet und die politischen Risiken von PPP-Projekten werden reduziert.

Mit Hilfe dieser Instrumente können PPP-Projekte im Infrastrukturbereich, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Schweiz bei den öffentlichen Finanzierungsbedingungen und beim politischen Prozess, erfolgreich abgewickelt werden. Damit kann die Schweiz von den PPP-Merkmalen der funktionalen Ausschreibung, der Lebenszyklusbetrachtung und der Zusammenarbeit von Privaten mit der öffentlichen Hand auch dann profitieren, wenn die PPP-Realisierung im engeren Sinne nicht möglich ist.

